

Spangenberg Zeitung.

Zeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

ersch. wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
zum Abdruck. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei
ins Haus, einschließlich der Posten. Kleinanzeigen, die Frau und ihre Welt.
Der hiesige Alltag, "Krautliches Wissen für Alle", "Unterhaltungsbeilage".
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.
Anzeigen werden die festgesetzte Rate nach Höhe (Zeilen) und Breite
berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung ent-
sprechender Rabatt. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 40 Pf. Bei
Vorauszahlung und Belegung der Zeitungsbeilage werden billiger
für Offerten und Anzeigen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 29771
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 29771

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg. 25. Jahrgang.

Nr. 142 Sonntag, den 27. November 1932

Mehrheitsbildung unmöglich

Verhandlungen des Zentrumsführers Raas gescheitert — Neues Präsidialkabinett

Von Woche zu Woche.

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.
Obwohl diesmal die zwischen dem Reichspräsidenten Hindenburg und Adolf Hitler geführten Verhandlungen, die die Einberufung der Nationalsozialisten in die Regierung, die damals in Unterredung von 15 Minuten Dauer war, es diesmal zwei Botschaften und darunter eine ein-
fache — so ist doch das Ergebnis das gleiche: Die NSDAP. verbleibt in der Opposition.
Der Verlauf der Verhandlungen ergibt sich aus den
Schriftstücken, die der Reichspräsident und Adolf Hitler aus-
getauscht haben, und die logisch nach dem Scheitern der
Verhandlungen im Wortlaut veröffentlicht sind. Erstwerd
die Urteilsbildung über die Verhandlungen durch die
diesigen Dokumenten enthaltenen Auseinandersetzungen über
die Frage: Präsidialkabinett oder Mehr-
heitsregierung? In der theoretischen Politik sind
die Grenzen klar. Ein Präsidialkabinett ist, wie schon
im Namen besagt, ein Kabinett, das von dem besondern
Vertrauen des Reichspräsidenten getragen ist, während eine
Mehrheitsregierung sich in erster Linie auf eine Reichstags-
mehrheit stützt. Im politischen Leben aber sind die Unter-
schiede nicht so klar, wie es auch Übergänge gibt, und zu-
dem jede Regierung präsidiale und parlamentarische Ele-
mente enthält.

Politisch betrachtet, sind die Verhandlungen daran ge-
scheitert, daß Adolf Hitler in Konsequenz der national-
sozialistischen Politik die bedingungslose Unterwerfung des
Reichspräsidenten gefordert hat, während Reichspräsident
Hindenburg lediglich zu einer bedingten Beauftragung Hitlers
bereit gewesen ist.

Die darin zum Ausdruck kommende gegenseitige Auf-
fassung trat bereits in der zweiten Unterredung des Reichs-
präsidenten mit Adolf Hitler in Erscheinung. Als nämlich
Adolf Hitler darlegte, daß seiner Meinung nach ein erfolg-
reicher Einfluß der nationalsozialistischen Bewegung die
Unterwerfung des Reichspräsidenten an ihn bedinge, richtete Hin-
denburg an Hitler das Ersuchen, festzustellen, ob und unter
welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine
mehrere, arbeitstätige Mehrheit mit festem einheitlichen Pro-
gramm im Reichstage finden würde. Während Reichsprä-
sident eine Mehrheitsbildung für möglich erachtete, und den
Standpunkt einnahm, daß die Geltendmachung grundsätz-
licher Forderungen zur Neubildung der Regierung entspricht,
erklärte, Adolf Hitler in der Begrenzung seines Auftrages
und den grundsätzlichen Bedingungen Hindenburgs einen
inneren Widerspruch und legte alsdann seinen Auftrag in
die Hände Hindenburgs zurück.

Gleichzeitig machte Adolf Hitler in seinem Brief dem
Reichspräsidenten den Gegenantrag, daß ihn zum
Reichstagskanzler zu ernennen, wofür er innerhalb von 24 Stun-
den eine Ministerliste und innerhalb 48 Stunden ein Pro-
gramm vorlegen wollte. Für die Durchführung dieser Auf-
gabe forderte Hitler, wie es in seinem Brief heißt, jene Vor-
bedingungen, die in kritischen und schweren Zeiten auch parla-
mentarischen Reichstagskammern nicht verlag werden seien. Nach
Ansicht des Reichspräsidenten hat Hitler damit die Berufung
auf die Spitze eines Präsidialkabinetts gefordert. Entsprechend
seiner Einstellung hat Hindenburg das mit der Begründung
abgelehnt, von der Berufung eines Präsidialkabinetts sei die Spitze
des Präsidialkabinetts befürchte er eine Präsidialkabinettur
und eine Verhinderung der Gegenfrage im deutschen Volk.

Mit diesem Ausgang der Verhandlungen war die erste
Phase in den Bemühungen um die Neubildung der Reichs-
regierung beendet. In der zweiten, die mit einem neuen
Empfang der Parteiführer begann, handelte es sich um die
Klärung, ob etwa unter Führung eines Parlamentar-
ischen eine Mehrheitsbildung möglich ist bzw. durch welche
Maßnahmen ein neues Präsidialkabinett eine breitere
Basis finden oder gar eine Toleranzmehrheit im Reichs-
tag beschaffen werden kann. Eine Entscheidung dürfte nun-
mehr in Kürze fallen.

Während in Deutschland die Frage der Regierungs-
bildung die Politik beherrschte und die Leidenschaft er-
regte, sind in der internationalen Politik zwei bedeutsame
Ergebnisse zu verzeichnen gewesen: die Wiederaufnahme der
Kriegsverhandlungen in Genf über die deutsche Gleichberech-
tigung und die Ablehnung der von England, Frankreich
und Belgien erbetenen Stundung der Dementberrate der
Kriegsschulden. In der Gleichberechtigungfrage steht jetzt
der Gedanke einer Zusammenkunft der fünf
Mächte erneut im Vordergrund. Erfolge sind freilich von
den Verhandlungen erst dann zu erwarten, wenn Gewähr
besteht, daß die französische Regierung, deren innere
Lage jetzt übrigens nicht die beste ist, zu einer ethischen
Klärung der deutschen Gleichberechtigung bereit ist.
Von der Ablehnung der Schuldentundung
Deutschland direkt nicht betroffen. Pariser Drohungen,

daß damit auch die Erbschaftung in Frage gestellt ist, ver-
mögen uns nicht zu schrecken, denn hier gibt es keinen Weg
zurück. Wenn wir somit der weiteren Entwicklung des
Kampfes um die Revision der Kriegsschulden mit aller
Tatkraft zusetzen können, so sind wir doch an einer positiven
Regelung insofern interessiert, als hieron die Wiederge-
staltung der Weltwirtschaft abhängt.

Nun weiß man natürlich auch in Neugott und in
Washington, daß die alten Verträge über die Kriegsschulden
ganz gewiß nicht unantastbar sind. Denkt deshalb auch der
neugewählte Präsident Roosevelt keineswegs daran, sich
Schuldenverhandlungen zu entziehen, so will er doch vor
allem eine Schuldentkonferenz vermeiden, um
die Schuldverhältnisse individuell zu behandeln. Gerade diese
Behandlungsmethode aber, die sonst so warm befürwortet
wird, paßt Frankreich nicht, weil Frankreich mit Italien
in der Schuldentfrage bisher das größte Entgegenkommen
zuteil geworden ist. Es ist also die Furcht vor der vergeb-
lichen Gerechtigkeit, die das Entgehen in Paris herbeige-
führt hat und jetzt die „Republique“ zu dem bemerkenswer-
ten Eingeständnis nötigt, Staatsmänner, die sich vor der
öffentlichen Meinung fürchten, seien nicht in der Lage, be-
freiende Gesten zu machen.

Es hat nichts mit Schadenfreude zu tun, wenn wir
dieses Argument aufmerksam verfolgen und daran die
Hoffnung knüpfen, daß die Finanznot Frankreichs in Paris
als Beherrschender zur politischen Vernunft
wirken und so die französische Regierung endlich zu einer
konstruktiven Friedenspolitik veranlassen möge. Soll diese
Selbstbestimmung aber wirksam werden, dann müssen wir
schon kräftig nachhelfen. Dazu aber sind wir nicht imstande,
wenn innere Auseinandersetzungen einen erheblichen Teil
der nationalen Kraft in Anspruch nehmen. Um so stärker
müßte deshalb der Zwang empfunden werden, die weitere
Zuspitzung der innerpolitischen Lage zu verhindern! Das
Gebot der Stunde bleibt nach wie vor die Zusammen-
fassung aller Kräfte!

Raas bei Hindenburg

— Berlin, 26. November.
Wie in späten Abendstunden verlautete, hat Prälat
Raas dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß es auch ihm
nicht gelungen sei, eine parlamentarische Mehrheit zu
bilden. Hindenburg dürfte nunmehr alsbald ein Präsi-
dialkabinett berufen, dem zweifellos mehrere Mitglieder
des bisherigen Kabinetts angehören werden.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Hitler hatte
der Reichspräsident an den Zentrumsführer Prälat Raas
das Ersuchen gerichtet, in Verhandlungen mit den Parteien
festzustellen, ob überhaupt noch Möglichkeiten einer parla-
mentarischen Regierungsbildung bestünden. In Ausführung
dieses Auftrages hatte der Zentrumsführer am Freitag zu-
nächst eine Botschaft mit dem Führer der Volkspartei, Dr.
Dingeldey. Im Anschluß daran lud er den Führer
der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugen-
berg, auf. In den Mittagsstunden traf Raas mit Adolf
Hitler zu einer Rückfrage zusammen. Schließlich emp-
fing er noch den Führer der Bayerischen Volkspartei Schä-
fer. Im Anschluß daran begab sich Raas gegen 5 Uhr nach-
mittags zum Reichspräsidenten, um ihm über seine Feststel-
lungen Vortrag zu halten.

Hugenberg gegen Parlamentarismus

Über die Unterredung zwischen Raas und Hugenberg
verlautet von deutschnationaler Seite, daß Hugenberg eine
Wiederkehr der Partei- und Parlamentarismus sowie eine
Wiederherstellung des seit 1919 zwischen Reich und Preußen
bestehenden Dualismus entschieden abgelehnt habe. Die
Deutschnationale Volkspartei habe die vom Reichspräsidenten
in diesem Sommer gefassten Entschlüsse begrüßt und dem-
gemäß den Gedanken eines Präsidialkabinetts unterstützt.
Dabei mußten allerdings die Fehler vermieden werden, die
der Arbeit des zurückgetretenen Kabinetts anhafteten. Der
Gedanke, eine Mehrheitsregierung durch die Festlegung von
Programmpunkten und Aufgaben vorzubereiten, erinnere
so sehr an die Richtlinienpolitik früherer Jahre, daß gerade
die DNVP, nach den gemachten Erfahrungen nicht das
Bedürfnis einer Wiederholung empfinden
könne.

Ein Aufruf Hitlers

Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, veröffentlicht
einen Aufruf, in dem er nach einer längeren Kritik am Ka-
binett Papen erklärt, man habe ihn nach Berlin gerufen,
um an der Behebung einer Regierungskrise mitzuwirken,
und habe dabei doch nur das Kabinett Papen retten und ihm,
Hitler, einen zweiten 13. August bereiten wollen. Obwohl
der ihm übertragene Auftrag durch die daran geknüpften Be-
dingungen von vornherein unmöglich gemacht worden sei,
habe er sich angesichts der Not des Volkes entschlossen, ein

zugesagt zu machen, das zugleich nur die inneren Anzeichen
aller hätte klären können. Das Angebot sei abge-
lehnt worden. Er glaube, daß schon damals der Wille der
Ratgeber des Reichspräsidenten erfüllt gewesen. Was er am
Abend des Wahltages schon erklärt habe, wiederhole er hier-
mit: „Dieses System muß in Deutschland nicht mehr bestehen.“
Der Aufruf schließt mit der Erklärung, daß der Kampf wei-
tergeführt werde mit der Überzeugung, daß die NSDAP. Sie-
ger bleibe.

Die DVP zur Lage

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei nahm den
Bericht des Parteiführers Dingeldey über die Verhandlungen
mit dem Reichspräsidenten entgegen und hat dann fol-
genden Beschluß zur politischen Lage gefaßt:

„Die Deutsche Volkspartei war und ist angesichts der
ernsten Lage des Vaterlandes bereit, mit allem Ernst und
ohne parteipolitische Engherzigkeit für eine Zusammenfah-
lung aller aufbaunwilligen nationalen Kräfte zu wirken. Sie
dankt dem Herrn Reichspräsidenten dafür, daß er in gleichem
Sinne seine Bemühungen bis zur äußersten Grenze einge-
setzt hat. Die DVP. beurteilt die Ablehnung des national-
sozialistischen Führers um so mehr, als er auch nicht den
geringsten Versuch einer sachlichen politischen Verständigung
mit anderen Parteiführern gemacht hat. Die Deutsche Volks-
partei wird dem Herrn Reichspräsidenten in treuer Verbun-
denheit bei seinen weiteren Entscheidungen folgen.“

Das Urteil der Presse

Das Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Reichs-
präsidenten und dem nationalsozialistischen Parteiführer
Adolf Hitler wird in der Presse aller Richtungen eingehend
besprochen.

Das Scheitern des Vorhabens Adolf Hitlers, die nation-
alsozialistische Bewegung mit der Übernahme der Macht in
die Verantwortung hinzuführen, siege, wie der „An-
griff“ schreibt, nicht an einem Unverstand glauben, eine Auto-
kratie im luftleeren Raum errichten zu können und die nation-
alsozialistische Bewegung durch unerfüllbare Bedingungen
von der Macht auszuschalten und sie damit vor dem Volk
zu diskreditieren. Der Führer habe so gehandelt, weil er es
seinem Gewissen, seiner Verantwortung und dem Vertrauen der
Millionen Menschen, die ihm anhängen, schuldig ge-
wesen sei.

Die deutschnationale „Börse-Zeitung“, die von einem
trüben Ende spricht, gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich
vielleicht doch noch verantwortliche und führende Männer
der Rechten finden würden, denen es trotz des Sieges, den in
diesen Tagen die Form über den Sinn erstanden habe, not-
wendig und möglich erscheine, die 44 Prozent der nationalen
deutschen Wählerkraft als geschlossene Masse auf die deutsche
Schicksalswaage zu legen. Auch die „Deutsche Allge-
meine Zeitung“ weigert sich, an die völlige Hoffnungs-
losigkeit einer Einigung im nationalen Lager zu glauben.
Die „Tägliche Rundschau“ sieht als einzige Perspektive ein
Präsidialkabinett mit einem neutralen Kanzler und warnt
in dem Zusammenhang eindringlich vor einer Wieder-
betrauung Papens.

Der Scherliche „Tag“ stellt fest, daß gerade in diesen
Tagen der Gedanke von Hatzburg in vielen Köpfen und
Herzen wieder wach wurde.

Das Zentrumsblatt, die „Germania“, erklärt, es
gebe kein Zurück zu dem früheren Zustand. Ein Wieder-
austritt der demissionierten Regierung würde das genaue
Gegenteil einer politischen Entspannung bedeuten.

Das linksbürgerliche „Berliner Tageblatt“ sagt,
Hitler habe seinen zweiten 13. August erlebt. Mit dem Schei-
tern des Hitlerexperiments sei auch der erste Versuch des
Reichspräsidenten, die präsidiale Regierung durch eine parla-
mentarische Regierung zu ersetzen, mißlungen. Der so-
zialdemokratische „Vorwärts“ glaubt, daß die hitlerischen
Diktaturpläne durch den erfolgreichen Ausgang seines Auf-
trages zerfallen seien.

Göring über die Lage

Reichstagspräsident Göring legte in seiner Eigen-
schaft als politischer Beauftragter Hitlers bei einem Presse-
empfang den Standpunkt der nationalsozialistischen Führung
zu der jetzt gegebenen Situation dar.

Er bestritt, daß Hitler und die übrigen Parteiführer die
Vorbehalte des Reichspräsidenten bereits grundsätzlich an-
erkannt hätten. Göring wandte sich weiter dagegen, daß
Adolf Hitler nicht der volle und freie Auftrag zur Bildung
eines Mehrheitskabinetts gegeben worden sei, der es allein
möglich gemacht haben würde. Zum Schluß erklärte Prä-
sident Göring, dem Führer der nationalsozialistischen Be-
wegung sei die Vollmacht verlag worden, die bisher bei
jeder anderen Kabinettsbildung erteilt worden sei.

Bei dem Abbruch der Verhandlungen zwischen dem
Reichspräsidenten und Adolf Hitler sei die Tür noch nicht
vollkommen geschlossen. Jedes andere Kabinett
aber werde von der NSDAP. ebenso scharf bekämpft
werden wie das Kabinett Papen.

— Berlin, 25. November.

„Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem Auf-
trag des Herrn Reichspräsidenten an Sie nur um die Bil-
dung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts handeln.

3. Ich habe nicht die Führung eines Präsidialkabinetts erlannt, sondern eine mit diesem Begriff in keinem Zu-

fahren die Brüder Heringer in der Dunkelheit mit ihrem unbeleuchteten Motorrad gegen ein Fuhrwerk. Die Brüder wurden auf die Straße geschleudert und so schwer verletzt, daß sie kurz darauf starben.

Hirtsfieber vor dem Landtag

Am Preussischen Landtag gab Staatsminister Hirtsfieber namens des geschäftsführenden Kabinetts eine Erklärung zum Leipziger Urteil ab.

Die preussische Regierung verlange in erster Linie die völlige Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli. Wenn der Reichspräsident dem nicht entsprechen zu können glaube, so verlange die preussische Regierung — und dies zu verlangen, habe sie ein Recht — daß die Verordnung entsprechend dem klaren Wortlaut der Entscheidung des Staatsgerichtshofs abgeändert werde.

Der Minister beauftragte sich dann mit der Verordnung des Reichspräsidenten über die Betrauung von Reichsministern ohne Geschäftsbereich mit der Verwaltung preussischer Ministerien.

Die preussische Staatsregierung sei nur geschäftsführende Regierung und lege keinen Wert darauf, dies noch längere Zeit zu sein. Sie kämpfe nicht für ihre Rechte, sondern für die Rechte der jeweiligen preussischen Staatsregierung. Sie sei hierzu nach der Verfassung verpflichtet, und sie müsse die Geschäfte nach der Verfassung fortführen, bis eine neue Regierung gebildet sei. Sie kämpfe aber auch nicht nur für die Rechte der jeweiligen preussischen Staatsregierung, sondern darüber hinaus für die Rechte des Landes Preußen und für die Wahrnehmung und Verteidigung dieser Rechte bei der letzten großen Auseinandersetzung über das Schicksal Preußens im Deutschen Reich.

Staatsrat für neue Klage

Im Preussischen Staatsrat wurde der Antrag des Verfassungskommissioners aufgegeben, der u. a. fordert, daß zur Klärstellung der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 und den Erlass vom 18. November d. J. hervorgerufenen Streitpunkte eine neue Klage beim Staatsgerichtshof notwendig sei.

Rohlenabkommen mit Belgien

Erhöhung der Kontingentlätze.

— Brüssel, 26. November.

Die deutsch-belgischen Kohlenverhandlungen haben zu einer Einigung geführt. Die beiden Abordnungen sind übereingekommen, mit Rückwirkung ab 1. Oktober eine Erhöhung der Kontingentlätze für die Einfuhr aller Kohlenarten von Deutschland von 50,5 auf 55,7 Prozent vorzunehmen. Als Maßstab der Einfuhr wird der Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1931 genommen. Um die Versorgung der belgischen Bevölkerung mit Hausbrandkohle sicherzustellen, ist ein Zulagkontingent für alle Länder bewilligt worden, wodurch das Kontingent auf ungefähr 62 Prozent mit Wirkung ab 1. Dezember erhöht wird. Im übrigen behält sich die belgische Regierung die Möglichkeit eines weiteren Zulagkontingents für Hausbrandkohle vor, falls die Notwendigkeit hierfür sich ergeben sollte.

Verhandlungen beendet

Ernennung eines neuen Präsidialkabinetts für die nächsten Stunden zu erwarten.

— Berlin, 26. November.

Amlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident empfing den Führer des Zentrums, Prälaten Kaas, der ihn über seine heutigen Besprechungen mit den Vorständen der NSDAP, der DNVP, der DVP, der BVP und der DVP, über die etwa noch vorhandenen Möglichkeiten zur Bildung einer Not- und Arbeitsmehrheit des Reichstags berichtete.

Prälat Kaas hat in diesen Besprechungen an die Führer der genannten Parteien in erster Linie die Frage gerichtet, ob sie ebenso wie die Zentrumspartei bereit seien, sich an Beratungen über ein solches Not- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsregierung zu beteiligen. Diese Frage ist

von den Vorständen der Bayer. Volkspartei und der DVP, belandend beantwortet worden. Der Vorstand der DVP, hatte die Beteiligung an solchen Beratungen als im Widerspruch mit der Befestigung seiner Partei stehend nicht zugelassen. Der Vorstand der NSDAP erklärte, an sich spreche die Feststellung der sachlichen Grundlage für eine etwaige Mehrheitsregierung durchaus seinen Auffassungen. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Tage und der Überzeugung, daß auch einem positiven Ergebnis dieser sachlichen Beratungen seitens einflussreicher Stellen keine Folge gegeben würde, habe er eine Beteiligung seiner Partei nicht mehr für vertretbar.

Auf Grund dieser Feststellungen hat Prälat Kaas den Reichspräsidenten, von einer weiteren Zühlungnahme mit den Parteien ablehnen zu dürfen. Der Reichspräsident dankte dem Prälaten Kaas für seine Bemerkungen.

Nachdem nunmehr auch der zweite Versuch einer Mehrheitsbildung gescheitert ist, nimmt man in politischen Kreisen an, daß Reichspräsident von Hindenburg auch im Verlaufe des heutigen Sonntags einen Mann seines Vertrauens mit der Bildung eines neuen Präsidialkabinetts beauftragen wird.

Falschmünzerfabrik aufgedeckt

170 Verhaftungen.

— Warschau, 26. November.

Die polnische Hauptstadt wird seit einiger Zeit mit falschen Ein-, Zwei-, Fünf- und Zehn-Zlotynen überflutet. Jetzt ist es endlich gelungen, die Falschmünzerwerkstatt, die eigentlich schon eine regelrechte Fabrik war, auszufinden. Ein Juwelier besorgte den Vertrieb der Falschmünzen, indem er sie an die Kolorporeure mit 30 Prozent Disagio verkaufte. 120 Personen sind festgenommen worden, 90 sollen in Haft verbleiben.

Spangenberg Lichtspiele

Sonntag, d. 27. Novemb. abends 8¹⁵ Uhr

„O Jugend, wie bist du so schön“

Ein Filmschwank in 6 Akten.

Prärie-Hyänen

(Das Geheimnis des goldenen Gürtels.)
in 3 Akten

Kriegerverein Spangenberg

Am Sonnabend, den 26. Nov. abends 8¹⁵ Uhr findet im Saale des „Grünen Baums“ eine

Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. a. Vortrag des Kreisjugendleiters des Kriegervereins, Hauptmann a. D. Müller-Gutzkow über: Ziel, Arbeit und Einrichtungen der Kriegervereins Jugendgruppen

Die Mitglieder des Kriegervereins und sämtliche Vorstände der Spangenberg Vereine und Verbände, sowie alle Jugendlichen werden zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Öffentliche Stadtverordnetenversaml.

Montag, den 28. November 1932, 20 Uhr. (8 Uhr abends) im Sitzungszimmer des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Wahl von 4 Mitgliedern für den Sparkassenvorstand.
2. Festlegung eines Anliegerbeitrages für die Neubauten an dem Brombergweg oberhalb des Hochbehalters der Liebenbachwasserleitung.
3. Abwässer aus der oberen Stadt durch die Untergrasse nach dem Mühlgraben oberhalb der Rühlerschen Mühle.
4. Ausführung von Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst in der Gemarkung Spangenberg.
5. Mitteilungen.
 - a) über Beschäftigung von Schulamtsbewerbern in der Stadtschule.
 - b) Festlegung der Bürgersteuer für 1932 u. 33.
 - c) der Steuerzuschläge für 1932 durch die Aufsichtsbehörde.
 - d) Weitere Mitteilungen des Bürgermeisters.

Spangenberg, den 25. November 1932.

Ziebert,
Stadtverordnetenvorsteher.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Einsegnen unserer lieben Entschlafenen sowie für die zahlreichen Kranzsendungen sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Besonderen Dank Herrn Pfarrer Dr. Bachmann für seine trostreichen Worte im Hause und am Grabe.

Spangenberg, den 26. November 1932.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Georg Ellrich.

Die Freude der Hausfrau, den Kaffee von Bender!

Versuchen Sie bitte meine beliebte Haushalt-Mischung **1/2 Pfd. 70 Pfg.**
andere Preislisten 50, 60, 80 Pfg. 1/4 Pfd.

Freiwillige Feuerwehr

Dienstag, den 29. 11. nachm. 4 Uhr, findet eine Übung der Freiwilligen Feuerwehr statt.

Sämtliche Ausrüstungsgegenstände sind hierzu mitzubringen.

Anschließend Versammlung.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird erwartet, daß sämtliche Kameraden zur Stelle sind.

Das Kommando, Andr. Schmidt stellv. Hauptmann.

Kaffee, Kakao, Tee's, Schokoladen, Lebkuchen, Bonbons, Pralinen

S. Mohr.

Weihnachten

kauft man seit über 100 Jahren sehr vorteilhaft und sehr preiswert im

Uhren-, Besteck-, u. Goldwarenhans Kochendörffer

Kassel, Köln, Str. 15

Hausmacher Weinanerkut, Gewürzgurken, Senfen, Perlzwiebeln, Capern, Sardellen, Nal, Lachs, Fischwaren

S. Mohr.

Inserieren bringt Gewinn.

Nürnberger Lebkuchen von Haebertlein Meßger, wie Elfen Lebkuchen, Schokoladen Lebkuchen, Schokol. Bomben, f. Mandelbäckchen, Schokoladen Spitzkuchen, Schokoladen Dominostein, Riboli Mischung.

Spekulantus empfiehlt

Karl Bender.

Gefangver ein

„Liebertafel“

Montag Abend 9¹⁵ Uhr

Gefangstunde

Natskeller
Der Vorstand.

Klipp's Kaffee

stets frisch

H. Mohr.

Volkslied- und Märchen-Abend

mit anschließender Verlosung am Sonntag, den 27. November, nachmittags 4 Uhr im Saale des Hotel Prinz! Der Reinertrag ist für Weihnachtsgelente der Kinder im Kindergarten bestimmt.

Kommt Alle!

und helfe Kindern Freude bereiten!!

Eintritt 20 Pf. Kinder und Arbeitslose 10 Pf. Vorverkauf der Eintrittskarten und Lose in den Buchhandlungen Lisch und Siebert.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 27. November 1932.

1. Advent.

Gottesdienst in:

Spangenberg.

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann

Vormittags 11¹⁵ Uhr: Kindergottesdienst

Mittwoch, Abends 8 Uhr: Adventsandaht in der Hospitalkirche. Pfarrer Höndorf.

Elbersdorf.

Nachmittags 2 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Donnerstag, Abends 8 Uhr: Adventsandaht. Pfarrer Höndorf.

Schnellrode.

Nachmittags 4¹⁵ Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Beizet Weibelbach.

Vormittags 9 Uhr: Pfarrer Höndorf.

Weibelbach 11 Uhr: Pfarrer Höndorf.

Vichoffrode 1 Uhr: Pfarrer Höndorf.

Pfarrbezirk Pfieffe.

Perlesfeld Vormittags 10 Uhr: Vikar Vog.

Pfieffe Nachmittags 1 Uhr: Vikar Vog.

Kirchliche Vereine.

Montag Abend 8 Uhr: Mütterverein.

Dienstag Abend 8 Uhr: Jung-Mädchenverein St. St.

Donnerstag Abend 8 Uhr: Frauenchor im St. St.

Freitag Abend 8 Uhr: Jungmännerverein.